



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion der Freien Demokraten

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **30 zusätzliche Stellen für Richter (R1)**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 2-3

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bereitstellung Rechtsprechungspotenzial Landgerichte, Bereitstellung Rechtsprechungspotenzial Amtsgerichte

Leistungsplan:	Veränderung		
	von	um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	500.710,6	+957,0	501.667,6
Eigene Erlöse	5.489,9		5.489,9
Produktabgeltung	495.220,7	+957,0	496.177,7

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Höherer Dienst, R1 - Veränderung von 1822 Stellen auf 1852 Stellen

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Zusätzlich zu den bisherigen Richterstellen sollen weitere 30 Stellen für Richter (R1) im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit geschaffen werden. Die zunehmende Belastung an den Amts- und Landgerichten im Bereich der Richterschaft führt dazu, dass der öffentliche Dienst in diesem Bereich an Attraktivität verliert und das Land damit weniger konkurrenzfähig ist beim Wettbewerb um die "klügsten juristischen Köpfe". So berichteten bereits kürzlich Richter bzw. Präsidenten von Gerichten über eine "Justiz am Limit" und Gerichte, die ihre Aufgaben bald nicht mehr bewältigen könnten bzw. einer Richterschaft, die angesichts immer stärkerer Belastungen bald nicht mehr in der Lage sein werde, den Betrieb so wie derzeit aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus soll durch ein Mehr an Personal sichergestellt werden, dass Verzögerungen vermieden werden und damit das Vertrauen in den Rechtsstaat der Bürger gestärkt wird.

Wiesbaden, 18.01.2022

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:

René Rock